

**Antrag GS-04**  
**SPD-Unterbezirk Region Hannover**

**Empfehlung der Antragskommission**  
**Annahme**

**Wir benötigen Antworten auf eine der dringendsten sozialen Fragen unserer Tage: Für bezahlbares Wohnen in Stadt und Land**

- 1 Der SPD-Bezirk Hannover setzt sich dafür ein, neben  
2 beschlossenen und avisierten Maßnahmen für flä-  
3 chendeckenden bezahlbaren Wohnraum in Nieder-  
4 sachsen, weitere Energie in die Gestaltung modera-  
5 ter Mieten zu setzen.  
6 Dazu sollen neben einer im rot-grünen Koaliti-  
7 onsvertrag vereinbarten Landeswohnungsbauge-  
8 sellschaft konkrete Maßnahmen durch die SPD-  
9 Landtagsfraktion gefördert und nach Möglichkeit  
10 mit dem grünen Koalitionspartner umgesetzt wer-  
11 den:
- 12 • Mit Blick auf die öffentliche Verwaltung wer-  
13 den alle Potentiale ausgeschöpft, baurechtli-  
14 che und genehmigungsrelevante Standards in  
15 einer vertretbaren Art und Weise rasch und  
16 unbürokratisch zu vereinfachen,
  - 17 • auf Ebene der Landkreise, kreisfreien Städte  
18 und der Region Hannover wird zum Zwecke  
19 der Transparenz und der besseren politischen  
20 Steuerung ein flächendeckendes Leerstands-  
21 katasters digital auf- und ausgebaut,
  - 22 • in Kooperation mit den Tarifparteien wer-  
23 den Anreize zum unternehmerischen Auf- und  
24 Ausbau von Werkwohnungen geschaffen,
  - 25 • das Land Niedersachsen setzt sich auf Bundes-  
26 ebene für eine Verschärfung der bestehenden  
27 Mietpreisbremse ein und sorgt für eine noch  
28 stärkere soziale Staffelung derselben,
  - 29 • das Land Niedersachsen setzt sich des Weite-  
30 ren auf Bundesebene für eine Eindämmung  
31 von Spekulationsspielräumen von Wohnei-  
32 gentum durch Anleger:innen ein,
  - 33 • das Land Niedersachsen engagiert sich für ei-  
34 ne Eindämmung, bis zu einem generellen Ver-  
35 bot sogenannter Indexmieten.

36

**Begründung**

38 Der kürzlich vorgestellte Bericht der Expert:innen-  
39 kommission zum Berliner Volksentscheid „Vergesell-  
40 schaftung großer Wohnungsunternehmen“ weist  
41 über die Bundeshauptstadt hinaus auf eine der  
42 drängendsten sozialen Fragen unserer Tage hin: Im-  
43 mer mehr Menschen, vor allem Familien mit Kin-

**Adressat:**

SPD-Landtagsfraktion

44 dern, können sich adäquaten Wohnraum nicht mehr  
45 oder nur noch eingeschränkt unter Einbußen ei-  
46 nes großen Teiles ihres Haushaltseinkommens leis-  
47 ten. Dies führt unweigerlich zu einer weiteren Ver-  
48 armung großer Teile der Bevölkerung und schränkt  
49 diese in ihrer Teilhabe an der Gesellschaft mitunter  
50 ein.

51 Ohne an die Berliner Diskussion um Artikel 15 des  
52 Grundgesetzes zur Vergesellschaftung von privat-  
53 wirtschaftlichen Unternehmen anknüpfen zu wol-  
54 len, lässt sich diese soziale Frage durch den bloßen  
55 Ausbau an (Sozialbau-) Wohnungen nicht mittel-  
56 fristig beantworten. Zumal der Ausbau an Wohn-  
57 fläche nur schleppend vorankommt. Zu schwierig  
58 gestalten sich die Rahmenbedingungen, von der  
59 allgemeinen Zinsentwicklung über weiter steigen-  
60 de Beschaffungs- und Personalkosten bis zu einem  
61 anhaltenden Verdrängungsmechanismus innerhalb  
62 unserer Städte in ganzen Quartieren und Stadttei-  
63 len.

64 Aus diesem Grund sollte der Ausbau an (sozia-  
65 lem) Wohnungsbestand, in Niedersachsen mit Hil-  
66 fe einer zu gründenden Landeswohnungsbauge-  
67 sellschaft forciert, durch weitere Maßnahmen jen-  
68 seits des Wohnungsausbaus flankiert werden. Maß-  
69 nahmen zu Steigerung an Wohnungsfläche (ver-  
70 einfachte baurechtliche Vorgaben und Standards,  
71 Erschließung von Werkwohnungen) sollen unter-  
72 stützt werden durch Initiativen, die ein Spekulieren  
73 mit Wohneigentum eindämmen.

74 Diese Impulse haben Genoss:innen im SPD-  
75 Unterbezirk Region Hannover gemeinsam mit  
76 Vertreter:innen diverser (Sozial-) Verbände wäh-  
77 rend des ersten Sozialgipfels der SPD in der Region  
78 Hannover entwickelt.